

**Auf gut Schwäbisch**

Täglich neu: Landestypisches für Einheimische und Reischmeckle

**Sia kennat zo mir saga wiadawidd**

VON TOM HÖRNER

Der Schwabe, so heißt's, neigt zur Untertreibung und zur Bescheidenheit. Rose Pany weiß, wie sich das anhört: „Wenn mi ebber frogt, wia's mir goht, sag i manchmal: ‚Fir dahoam rom duarts grad so.‘“

Walter Seeger aus Gäufelden-Öschelbronn kam ein Ausspruch seiner Mutter in den Sinn: „Hosch da Schnuder!“ Daraufhin hat er recherchiert: „Ich habe in ‚Fischers Schwäbischem Wörterbuch‘ geblättert – und tatsächlich ist dies wohl eine bekannte Bezeichnung für Schnupfen, wenigstens in Teilen unserer vielseitigen schwäbischen Landschaft gewesen. Da fällt mir noch ein, dass der Ausspruch ‚Drei Tag kommt er, drei Tag stohet er ond drei Tag goht er‘ meine Ungeduld auf Gesundheit etwas relativiert.“

Paul Döbele stellt die These auf, „dass es im Schwäbischen keinen Akkusativ gibt. Ich habe mit meiner Enkelin Hausaufgaben in Deutsch gemacht. Sie musste Gegenstände und Orte dem entsprechenden Fall zuordnen. Wenn es Nominativ war, musste sie ein N dahinter schreiben. Beim Wessfall Akkusativ ein A. Ich sagte ihr, ich hätte mir die vier Fälle Nominativ, Genitiv, Dativ und Akkusativ immer mit dem Spruch ‚Neue Geschichten Deutscher Affen‘ gemerkt.“

Hinterher habe ich mich gefragt, gibt es im Schwäbischen überhaupt einen Akkusativ? Ich glaube nicht. Wer Hochdeutsch spricht, fragt: ‚Wessen Haus ist das?‘ Der Schwabe fragt: ‚Wäm ghairt dees Haus?‘“

Fragen über Fragen. Die folgende kommt von Uwe Künzler aus Sulz am Eck: „Drletscht hau i mein Bekannnda gfrogt, ob er mit dr Renovierung vo seim Haus ferdich isch? No hot dear blos gsait: ‚Gleivoll.‘ Was so viel hoifst wia ‚fascht‘ oder ‚schiergar‘.“

Renate Schietinger aus Nürtingen-Zizishausen hat auch eine Frage: „Mei Nachbere hod verzehlt, se häb en dr Nachd koi Aug zaudau. Ihr Mo däd jesammaßig schnarcha. Ond ed bloß des, er däd au ‚hirschla‘. Wer kennt des Wort no?“

Anni Hajdu fallen „zur Zeit Begriff ei, wo e gern en Erinnerung bringa dät: Wega ra recht kurza Strecke hanne ibrlegt, solle oder solle net?! I hann me no firs Erschdare entschieda, weil mr grad no eigfalla isch, dass es scho zwoimol dafür han bluada missa.“

„Es ist doch interessant“, schreibt Walter Klein aus Altdorf, „wie viele Varianten es zu dem Thema ‚das Du anbietest‘ gibt. Meine Version ist folgender: ‚I sag zu ene Du, ond Sia kennat zo mir saga wiadawidd.‘“

Der Spruch des Tages kommt von Leser Berthold Spahlinger aus Sachsenheim. „Dees isch grad, wia wenn ama Esl a Sack nafligd.‘ So sagt man, wenn jemand auf eine Warnung überhaupt nicht reagieren will.“

**→ Schreiben Sie uns:**

Zentralredaktion, Postfach 10 44 52, 70039 Stuttgart, Stichwort: Schwäbisch, Fax: 07 11 / 72 05 - 14 01; E-Mail: [land@stn.zgs.de](mailto:land@stn.zgs.de)

**Neuer Volksantrag für verändertes G9**

**STUTTGART.** Die Elterninitiative G9!jetzt hat einen neuen Volksantrag angekündigt, um doch noch Änderungen an dem von der Landesregierung geplanten neunjährigen Gymnasium durchzusetzen. Die Initiatoren wollen ihren Gesetzentwurf an diesem Mittwoch im Landtag einreichen. Ihr wichtigstes Ziel ist, dass die aktuellen G8-Klassen bei der im kommenden Schuljahr beginnenden Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium auch in den Genuss der Schulzeitverlängerung bis zum Abitur kommen. Das sei eine vehemente Forderung vieler Eltern, erklärte Marita Raschke von G9!jetzt. Abgesehen von der Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 für die ältere Schüler, die beim vom Kultusministerium geplanten Umstieg auf das neunjährige Gymnasium außen vor bleiben sollen, will der neue Volksantrag drei Änderungen erreichen. Erstens soll die zweite Fremdsprache ab der siebten Klasse vierstündig unterrichtet werden. Zweitens soll die Einführung des Profulfachs auf die neunte Klasse verschoben werden. Drittens wirbt die Initiative dafür, das Profulfach Informatik, Mathematik und Physik beizubehalten, anstatt einen „breitbandigen Informatikunterricht für alle“ anzubieten. **luß**

**Ambivalentes Verhältnis zur Kultur**

Obwohl zwei Drittel der Baden-Württemberger finden, das Land solle bei Kultureinrichtungen sparen, hält jeder Zweite die Kulturförderung für wichtig.

VON ANNIKA GRAH

**STUTTGART.** Die Baden-Württemberger haben ein ambivalentes Verhältnis dazu, wie viel Geld der Staat für die Kulturförderung ausgeben sollte. Zwar hält gut die Hälfte der Befragten im aktuellen BaWü-Check staatliche Kulturförderung für richtig. Auf der anderen Seite findet ein großer Teil der Befragten, dass das Land ruhig weniger für große Kultureinrichtungen ausgeben könnte. Darin spiegelt sich auch wieder, dass ein Großteil der Menschen im Land große Kulturangebote wie Oper und Ballett überhaupt nicht wahrnimmt.

Für den aktuellen BaWü-Check, die repräsentative Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach im Auftrag der baden-württembergischen Tageszeitungen, wurden im November 1011 Menschen ab 18 Jahren befragt.

Dabei ist das Bild recht eindeutig. Die meisten Kulturangebote spielen im Leben der meisten Menschen überhaupt keine Rolle. Wenig überraschend also, dass rund zwei Drittel (65 Prozent) der Befragten befanden, der Staat sollte bei großen Kultureinrichtungen wie Theater oder Museen im Vergleich zu anderen Bereichen eher sparen. Nur in einem anderen Punkt sprachen sich noch mehr Befragte (75 Prozent) dafür aus, dass Baden-Württemberg weniger Geld ausgeben sollte: wenn es um große Bauprojekte geht. Dabei dürfte mancher Stuttgarter nicht nur an die ewige Bahnhofsbauwerke, sondern auch an die geplante Opernrenovierung inklusive Interimsquartier in der Landeshauptstadt denken.

Bei anderen Themen wie Sportförderung, Umweltschutz und öffentlichen Einrichtungen wie Schwimmbädern und Ausbau von Straßen und Bahnstrecken spricht sich die Mehrheit hingegen für eine Steigerung der Staatsausgaben aus.

**Mehr Geld soll für Polizei, Schulen und Gesundheit ausgegeben werden**

Die meisten Befragten finden, dass das Land mehr Geld in die Ausstattung von Polizei (79 Prozent) und Schulen (91 Prozent) sowie in Gesundheitseinrichtungen (93 Prozent) stecken soll – Bereiche, die sich tatsächlich auch in der jüngsten Finanzplanung des Landes wiederfinden.

Denn für diese Themen kratze die grün-schwarze Landesregierung zuletzt nicht nur Geld aus dem laufenden Haushalt zusammen, sondern will bei Sicherheit und Bildung auch Schwerpunkte in ihrem aktuellen Doppelhaushalt für die Jahre 2025 und 2026 setzen. Dabei geht es um mehrstellige Millionen-Euro-Beträge.

Im Kulturbereich gibt es solche großen Sprünge nicht. Harte Einschnitte wie in anderen Bundesländern hat die Kultur aber hierzulande auch nicht zu befürchten, im Gegenteil. Zwar wird in manchen Bereichen gespart, die Haushalte im Land stellen an anderer Stelle aber auch mehr Geld zur Verfügung. So sollen Amateur- und Freilufttheater zusätzliche Mittel erhalten, wie unsere Zeitung erfuhr.

Dabei findet nur die Hälfte der Baden-Württemberger, dass Kulturförderung Aufgabe des Staates sein sollte. Ein Viertel ist dagegen. Der Rest ist unentschieden. Nur jeder Vierte wünscht sich, dass das Land mehr Geld für Kulturförderung ausgeben sollte. Etwa ein Drittel halten die Kulturförderung für ausreichend und jeder Fünfte findet sogar, dass das Land weniger Geld ausgeben sollte.

**Uneinigkeit darüber, wer überhaupt Geld bekommen sollte**

Sehr unterschiedlich fällt das Urteil aus, wer überhaupt Geld bekommen sollte. 32 Prozent der Befragten finden, dass Einrichtungen gefördert werden sollen, die vom Publikum gut angenommen werden. 28 Prozent finden, dass möglichst viele Einrichtungen Fördermittel erhalten sollten. 22 Prozent meinen, dass Einrichtungen gefördert werden, die in wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind.

Besonders viel Geld soll aktuell in Großprojekten wie die Sanierung des Stuttgarter Opernhauses fließen. Zuletzt wurde bekannt, dass sich der Baubeginn des Interimsquartiers verzögern würde und die Gesamt-



Staatsgalerie Stuttgart Foto: Lichtgut/Julian Rettig



Popakademie in Mannheim Foto: epd/T. Lohnes

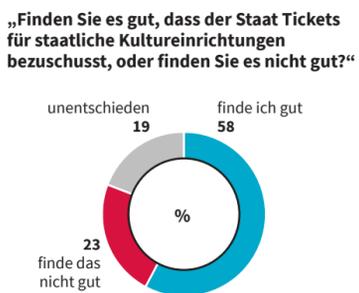
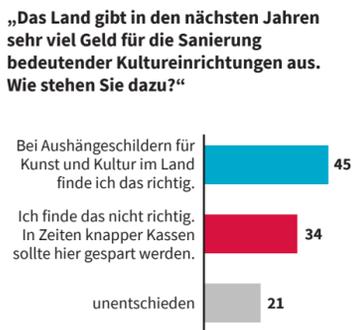
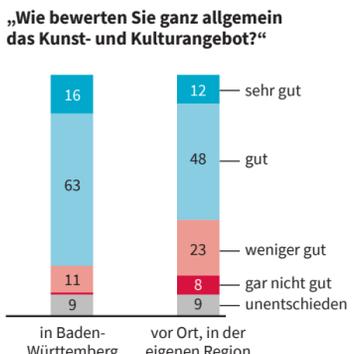
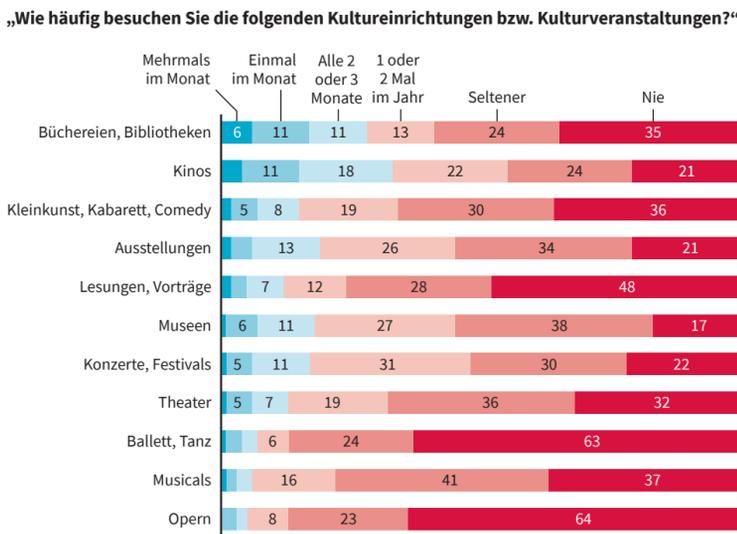
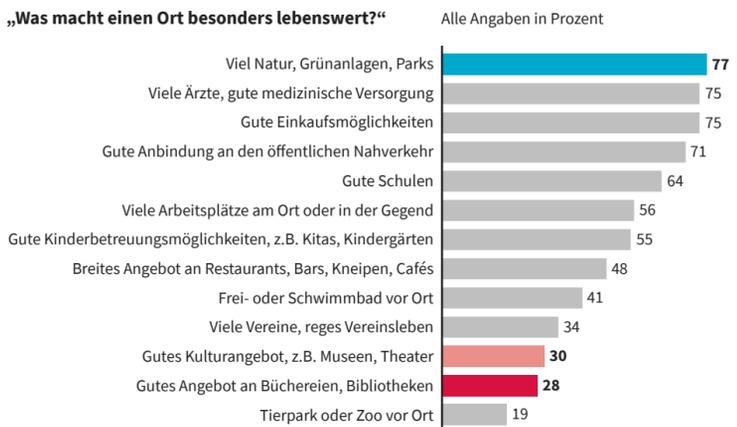


ZKM in Karlsruhe Foto: imago/imagebroker



Festspielhaus Baden-Baden Foto: dpa/Rolf Haid

**Die Ergebnisse der Umfrage**



Quelle: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre | Basis: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 6184/III

**BaWü-Check**

**Basis** Der BaWü-Check ist eine Umfrage von Zeitungen im Südwesten, die das Institut für Demoskopie Allensbach durchführt. Insgesamt beteiligten sich 55 Tageszeitungen.

**Zeitraum** Von 4. bis 18. November 2024 wurden in Baden-Württemberg 1011 Menschen in einem repräsentativen Querschnitt der baden-württembergischen Bevölkerung ab 18 Jahren befragt. Die Befragten sind Mitglieder eines Online-Panels, die Stichprobe wurde durch eine nach Geschlecht, Alter, Schulabschluss und Regierungsbezirk geschichtete Zufallsauswahl gezogen. Die Stichprobe wurde gewichtet, dabei orientierte man sich am Mikrozensus 2021.

**Fragebogen** Die für die Befragung ausgewählten Personen bekamen per E-Mail eine Einladung zur Teilnahme und füllten einen Online-Fragebogen mit 15 Fragen aus. **ang**

kosten dadurch unkalkulierbar in die Höhe schießen dürften. Trotz solcher Hiobsbotschaften finden es immer noch 45 Prozent richtig, dass das Land hohe Summen in solche „Aushängeschilder“ steckt. 34 Prozent halten das in Zeiten knapper Kassen dagegen für falsch. Jeder fünfte traut sich keine Meinung zu.

Ähnlich ist das Bild bei der Frage, ob Nischen- oder Avantgarde-Projekte gefördert werden soll. 37 Prozent halten es für richtig, dass das Land auch solche Angebote fördert. 31 Prozent wären dafür, dass der Staat sich hier komplett zurückzieht. Die Befragten, die sich ausgeprägt für Kultur interessieren, sind mit 63 Prozent weit überdurchschnittlich der Meinung, dass der Staat auch Kulturangebote ohne Massenpublikum fördern sollte.

**Natur und Gesundheitsversorgung sind wichtiger als Kulturangebote**

Das deckt sich mit der Bedeutung, die die Menschen kulturellen Angeboten insgesamt beimessen: Bei der Frage, was ihren Ort besonders lebenswert macht, landen Kulturangebote nicht unter den ersten zehn genannten. Natur, Gesundheitsversorgung, Einkaufsmöglichkeiten, ÖPNV und gute Schulen rangieren auf den vorderen Plätzen und werden als besonders wichtig für die Lebensqualität bewertet. Gefolgt von einem guten Angebot an Arbeitsplätzen,

**45 Prozent finden richtig, dass das Land Geld in „Aushängeschilder“ steckt.**

Ein gutes Angebot von Museen und Theatern spielt hingegen nur für 30 Prozent, Büchereien und Bibliotheken nur für 28 Prozent der Befragten eine Rolle. Damit rangiert die Kultur ganz unten, nur Zoos werden als unwichtiger erachtet. Vier von fünf Baden-Württembergern haben einen guten Eindruck vom Kulturangebot im Land. Auf ihre konkrete Situation angesprochen sind immer noch 60 Prozent der Befragten zufrieden. Wenig überraschend zeigen die Antworten auf diese Frage ein starkes Stadt-Land-Gefälle.

Dabei interessieren sich 65 Prozent zumindest etwas oder auch „sehr“ für Kunst und Kultur. Ein Drittel der Befragten berühren die Angebote kaum oder gar nicht. Das spiegelt sich auch in der Nutzung der Kulturangebote wieder: Am häufigsten besuchen die Baden-Württemberger Büchereien und Kinos. Am seltensten gehen sie ins Ballett oder in die Oper. Fast zwei Drittel geben an, dass sie Ballett oder Oper nie besuchen.

**Bei den Tickets darf der Staat gern Geld zuschießen**

Wenn es um den eigenen Geldbeutel geht, haben die Baden-Württemberger aber eine andere Haltung. 58 Prozent der Befragten halten staatliche Ticketzuschüsse für richtig. Nur 23 Prozent finden das nicht gut, der Rest ist unentschieden. Obwohl sich die Mehrheit bewusst ist, dass die Eintrittspreise ohne staatliche Zuschüsse noch höher wären, halten 39 Prozent der Befragten die Eintrittspreise für Museen und Theater immer noch für zu hoch. 45 Prozent finden sie angemessen. Unter den Menschen mit geringem Einkommen ist der Anteil derer, die die Eintrittspreise zu hoch findet, selbstverständlich noch größer.

Insgesamt ist die Stimmung im Land nach wie vor eher negativ. Mehr als die Hälfte (58 Prozent) der Menschen im Land blickt mit Skepsis oder ausgeprägten Befürchtungen in die Zukunft. Der Anteil derer, die sorgenvoll ins kommende Jahr gehen, hat sich seit August sogar von 26 auf 30 Prozent erhöht. So pessimistisch war die Bevölkerung zuletzt im Herbst 2022.